

Liebe Leser !



Eine große Sorge beschäftigt uns alle im Bündnis. Anfang nächsten Jahres plant der EU-Ministerrat die **Dienstleistungsrichtlinie** zu beschließen. Die EU-Kommission will sogar am **Herkunftslandprinzip** festhalten. Welche Folgen diese „europäische Ungeheuerlichkeit“ haben

würde, das wollen wir auf Seite 3 kurz erklären. Widerstand scheint sich in allen 25 EU-Staaten, sogar im verschlafenen Österreich, zu formieren. Möglichkeiten, um die verbleibende Zeit gut zu nützen: Protestschreiben an die Medien, an Politiker, Mitarbeit in der NFÖ etc.

Der einzige, wirkliche **Ausweg**, der sich in dieser verzwickten Situation noch anbietet, ist der **Austritt aus dieser Europäischen Unrechtsgemeinschaft!**

Hier muß eine Klarstellung getroffen werden, denn es häufen sich die Anfragen, **ob und wie ein EU-Austritt abgewickelt werden kann** (für den sich ja die NFÖ von Anfang an eingesetzt hat).

Selbstverständlich sind hier grundsätzliche Rahmenbedingungen zuerst zu erfüllen:

- Unsere Volksvertreter müssen es wollen,
- unsere Volksvertreter müssen Rückgrat gegenüber opponierenden Interessensgruppen beweisen
- und unsere Volksvertreter dürfen die Mühen nicht scheuen, die mit der Abwicklung – über Jahre, begleitet von parallelen, bilateralen Verhandlungen – verbunden sind.

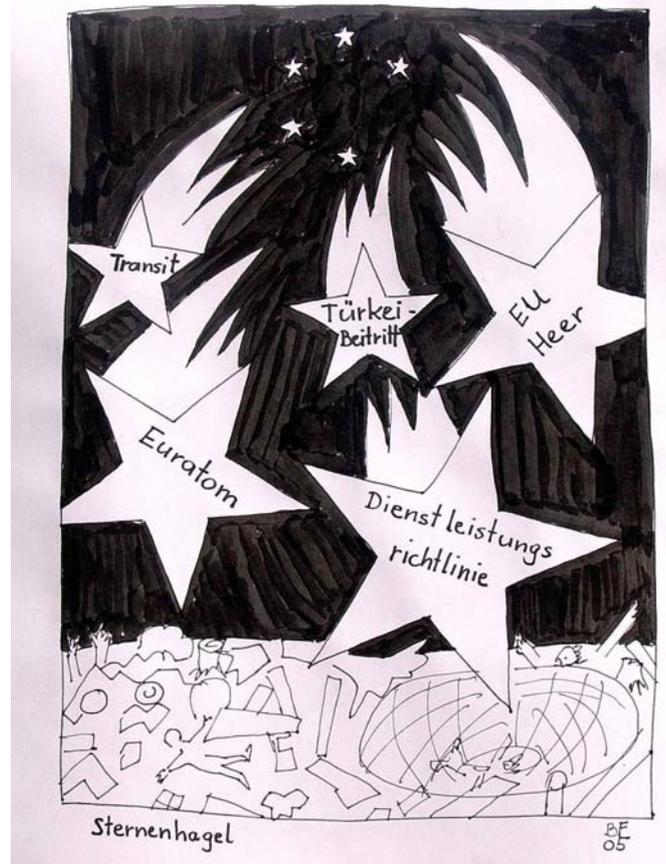
Verfahrenstechnisch sollte es folgendermaßen ablaufen:

So wie ein souveräner Staat Mitglied der EU geworden ist, so kann er diese Mitgliedschaft auch wieder aufkündigen. Das ist gültiges Völkerrecht und Menschenrecht. (Ist in einem Verein im Prinzip nicht anders). Es könnte wohl sein, dass die EU völkerrechtswidrig ein Begehren bzw. einen Antrag verlangt, wirkliches Hindernis wäre es jedoch keines, solange die EU-Verfassung noch keine Gültigkeit hat. Im EU-Ministerrat würde man diesen Antrag sozusagen prüfen und sehr wahrscheinlich mit Bedingungen ver-

knüpfen, die unannehmbar klingen.

Hier beginnt das Handeln und Feilschen, d.h. es werden gegenseitige Forderungen erhoben und aufgerechnet, wahrscheinlich mit Sanktionen gedroht u.a. mehr. Genau an diesem Punkt kommt eine entscheidende Psychologie zum Tragen:

Wer sich selbst klein und schwach einschätzt, ist bereits unterlegen. Man bedenke, unsere EU-Nachbarländer exportieren nach Österreich mehr als umgekehrt, also würden Wirtschaftssanktionen ihnen selbst größeren Schaden zufügen. (Österr. Handelsbilanzdefizit 2004 : ca. 5,5 Mrd. Euro). Abgesehen davon verzichtet keine Volkswirtschaft gerne auf „vor der Haustüre“ angebotene Geschäfte. Immer unter der



(Grafik: B. Friedmann)

Wenn wir nur zuwarten, könnte bald die EU-Dienstleistungs-Richtlinie auf unsere Köpfe hageln....

Voraussetzung, die österreichischen Volksvertreter spielen alle Trumpfkarten wirklich aus. (Bei Schüssel

& Co sehr unwahrscheinlich, denn er stellte sogar ein legitimes „Veto“, als es bei den Temelin-Verhandlungen oder im Benes-Dekrete – Streit eingesetzt hätte werden können, als etwas Unehrenhaftes hin!) Womit wir wieder an der ersten Bedingung „dem klaren Willen“ angelangt sind.

Und „zum Wollen“ kann der Souverän seine Volksvertreter über eine Wahlentscheidung „zwingen“.

*Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bündnisobmann*

Zustimmung zur Neutralität gestiegen

Laut einer Studie des Kummer-Instituts ist die Sympathie für die Neutralität seit Dezember 2001 von 71 auf 77 Prozent gestiegen. (Quelle: Der Standard, 26.10.05)

„Wenn wir ausserhalb der EU noch etwas Ansehen genießen, dann deshalb, weil Österreich in den vergangenen Jahrzehnten – mit seiner Neutralitätspolitik – Geschichte geschrieben hat.“

(Wolfgang Hingst)

Wie wird Tirol und Österreich in 20 Jahren ausschauen?

Ein brisantes Thema ließ in den letzten Oktobertagen die Wogen im Tiroler Oberland hochgehen. In Telfs wird demnächst ein **20 Meter hohes Minarett** („Gebetssäule“) gebaut, das zweite in Österreich. Vom Bürgermeister (Opperer, ÖVP) kommen beruhigende Worte, „es werden keine Gebetsrufe zu hören sein.“ (werden dann vielleicht bald im Sinne einer sog. Gleichbehandlung ein Verbot „Glocken-zu-läuten“ beim EuGH eingeklagt?).

Wir im Bündnis NFÖ nehmen dazu folgende grundsätzliche Haltung ein:

Wir respektieren jede Religionsgemeinschaft und ihre spezifischen Bräuche und Praktiken, **solange sie nicht im Widerspruch zum österreichischen Recht stehen**. Respektierung und Förderung sind jedoch zwei paar Schuhe.

Kann einer christlichen Bevölkerungsmehrheit beispielsweise zugemutet werden, dass der traditionelle Sonntag als Ruhetag durch den muslimischen Freitag ersetzt wird? Solche Entwicklungen wären grundsätzlich durch mediale Beeinflussung und gezielte Kommunal- und Unternehmenspolitik denkbar und förderbar.

„Tolerant“ oder anbietend auftretenden Politikern muß spätestens vor einer Entscheidung wie dem Minarettbau die demokratische Grundregel in Erinnerung gerufen werden: Solange eine Bevölkerungsmehrheit z.B. eine wesentliche Veränderung des Ortsbildes ablehnt, (im Zweifelsfall durch eine bindende Volksbefragung auszuloten) hat diesem Willen der Kommunalpolitiker Rechnung zu tragen. Andernfalls trägt er die Verantwortung für wachsen-

Für eine friedliche Entwicklung in den Gemeinden ist ein hoher Ausländeranteil wenig förderlich. Es besteht die Gefahr, dass **Parallelgesellschaften** entstehen und damit diese Ausländer für eine Integration nicht oder kaum mehr erreichbar sind.

= ♪ =

Refco und die 6 Milliarden – Kriminalität ohne Folgen?

Wenn man hört, was sich so mit der Fa. Refco und der BAWAG getan hat, denkt man eher an das Drehbuch eines reißerischen Films, als an Realität. Hastig wird in einer Nacht- und Nebelaktion ein Kredit von 6 Milliarden Schilling vergeben. Nicht etwa an die Maklerfirma Refco, nein, an ihren Chef persönlich! Und das, obwohl 3 Tage vorher in amerikanischen Zeitungen zu lesen war, dass Refco konkursgefährdet ist. Die BAWAG-Bankiers haben davon nichts gewußt. Kaum waren die Milliarden weg, bemühte sich der Vorstandsvorsitzende krampfhaft das Geld zurückzuholen. Das ist Slapstick (Radaukomödie) pur!

Ich gehe zur Postsparkasse, die mit der BAWAG verbunden ist, spreche mit einem Verantwortlichen und stelle folgende Fragen:

1. Wie kann man 6 Milliarden Schilling über Nacht verborgen? Wie ich 50000 Schilling Kredit aufgenommen habe, hat man eine ärztliche Untersuchung gefordert. Bei den Milliarden war für eine Prüfung keine Zeit.

2. Wie kann man 6 Milliarden an eine Person verleihen?

3. Wieso ist die Fa. Refco nicht ständig unter Beobachtung gestanden?

Der P.S.K.-Mann konnte meine Fragen nicht beantworten. Sein Kommentar war: "Ich kann mir das Ganze auch nicht erklären!".

Die Fa. Refco ist nicht irgend eine Firma. Sie ist eine Spekulationsfirma und als solche für die sogenannte **weltweite Spekulationsblase mitverantwortlich**. Ein Platzen dieser Blase könnte die gesamte Weltwirtschaft in den Ruin treiben.

Der Schuldenberg von Refco beträgt 557 Mrd. Schilling. Es ist die viertgrößte Pleite in der US-Geschichte. Diese

Schulden entsprechen einem Gegenwert von 55(!) Atomkraftwerken

Zwentendorf. Da wird Herr Zwettler und alle Gewerkschafter nicht mehr viel Geld sehen! In den 52 Jahren, die ich bei der Gewerkschaft bin, habe ich fleißig jeden Monat meinen Mitgliedsbeitrag bezahlt, bis zum heutigen Tag. Nie hätte ich geglaubt, dass man so mit meinem Geld umgeht. Natürlich wird Herr Zwettler erwidern, es hätte auch satte Gewinne geben können. Doch darum geht es nicht.

Seit Jahrzehnten versteht sich die Gewerkschaft

des Misstrauen und gesellschaftliche Spannungen.

als **Vertreter der Arbeiter**. Das sind Menschen, die durch Arbeit Geld verdienen. Immer hat sie erbittert gegen Spekulanten gekämpft, gegen das sogenannte "**arbeitslose Einkommen**".

Genau das repräsentiert die Firma Refco.

Wie ist es möglich, dass die zu 100% im Besitz der Gewerkschaft stehende BAWAG Spekulationsgeschäfte macht? Ich erwarte, dass die Gewerkschaftsführung diese Frage bald beantwortet.

(*Observer*)

= ♪ =



In Pontresina, am Ausgangspunkt unserer eindrucksvollen Herbstfahrt, begegneten wir einem Bären - zum Glück ein Exemplar der ungefährlichen Sorte. Er ließ sich vom Salzburger Otto K. sogar mit Süßigkeiten „füttern“. (Näheres im nächsten Nachrichtenblatt)

= ☺ =

EU- Dienstleistungsrichtlinie – ein ruinöses Gesetz aus der Brüsseler Konzernzentrale

Wenn diese DL-Richtlinie, wie geplant im Frühjahr im EU-Ministerrat beschlossen wird, so sind dramatische Verschlechterungen für österreichische Arbeitnehmer, Konsumenten und Unternehmer zu erwarten, beispielsweise:

> **wird sie zu einem Unterbietungswettlauf bei Arbeits- Umwelt und Konsumenten-Standards führen** (ein polnischer Dienstleister z.B. hat dann polnisches nicht österreichisches Recht einzuhalten)

> **Klein- und Mittelbetriebe sind dann der Billigkonkurrenz schutzlos ausgeliefert** (wegen gelockerter Schutz-Auflagen und niedrigerer Löhne in vielen EU-Ländern, können zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe in Österreich nicht mehr mithalten. Das bedeutet das Ende zahlreicher Arbeitsplätze.

> **Leiharbeiter können dann nach ausländischem Recht beschäftigt werden.** (eine Montage-Firma aus England müsste dann z.B. die Arbeitszeit der Leiharbeitskraft nicht im Vorhinein mitteilen, wie es nach österreichischem Recht vorgeschrieben ist.

> **Für Verbraucher ist nicht mehr erkennbar, welches Recht gilt.** (Das gilt z.B. für Unternehmen, die Niederlassungen in mehreren Mitgliedstaaten haben und es sich aussuchen können, von wo aus sie

gerade tätig werden wollen; bei Reklamationsfällen kommt der Verbraucher u.U. nicht zu seinem Recht.)

„Europa hört zu" - EU-Strategen verkaufen die Leute für dumm

Aufgeschreckt von den drastisch schlechter werdenden Umfragewerten der EU in Österreich, hat unsere Regierung eine **EU-Image-Kampagne** namens "Europa hört zu" in den Medien gestartet, ergänzt durch einen riesigen Propaganda-Lastwagen, der durch das Land tourt, natürlich vom Steuerzahler finanziert.

Als graphisches Symbol für diese Aktion wurde von einem holländischen Künstler eine Art bunter Strichcode aus den Flaggen der EU-Mitgliedsländer entworfen, „bereinigt" um die Flaggen mit Kreuzen (z.B. von Dänemark, Schweden, Finnland, Griechenland), die nicht in dieses Schema passen. Solche Strichcodes kennen wir seit geraumer Zeit aus unserem Alltagsleben. An den Kassen der Geschäfte werden damit die Waren eingelese (eingescannt), und dadurch identifiziert. Sichtbares Endprodukt ist der eingespeicherte Preis. Der Strichcode baut auf dem binären System auf, das nur materielle Quantitäten (vorhanden - nicht vorhanden), keine geistigen Qualitäten kennt.

Ohne das überinterpretieren zu wollen, **dieser Strichcode** ist verräterisch. Es zählt nur das Materielle, die Länder Europas, gehandelt wie eine berechenbare Ware. Heraus kommt für die, die dieses System beherrschen, viel, viel Geld. **Das ist tatsächlich der Stoff, aus dem die EU gemacht ist.**

Die Werbefilmchen dieser Kampagne im Fernsehen sind klug ausgedacht. Es gibt keine einseitigen Lobeshymnen auf die EU mehr - die würden die Leute sowieso nicht mehr glauben - die Botschaften werden unter dem Anschein von wirklichen Dialogen unter die Leute gestreut. Dabei sind die Pfiffigen und Witzigen immer die Befürworter, die unsympathischen Betonköpfe sind die Gegner der EU. Das wirkt natürlich unterschwellig.

Die übermittelten Botschaften sind jedoch **äußerst oberflächlich** und halten einer genaueren Überprüfung nicht stand. So wird z.B. im Friseur-Werbespot behauptet, wir hätten die Schweiz – dank EU – wirtschaftlich bereits überholt. Die Kennzahlen sprechen jedoch eine ganz andere Sprache: Das Schweizer Brutto-sozialprodukt pro Kopf ist fast um die Hälfte höher als das österreichische, und die Arbeitslosenrate ist um die Hälfte niedriger! Österreich mag im Moment ein höheres Wirtschaftswachstum aufweisen, doch es wird auf diesem Niveau lange bleiben müssen, bis es einmal die Wirtschaftsdaten der Schweiz erreicht hat.

Es stimmt, dass die im selben Werbespot angesprochene, derzeitig positive, österreichische Handelsbilanz zu einem Gutteil - aber nicht allein - auf die gesteigerten Umsätze mit den osteuropäischen Ländern zurückzuführen ist. Diese setzten allerdings bereits vor deren EU-Mitgliedschaft ein und betreffen auch Länder, die heute noch keine EU-Mitglieder sind. Um die geringeren Exporterfolge Österreichs vor 1990 zu er-

klären, genügt ein Blick auf die Landkarte: Wir waren damals zur Hälfte von wirtschaftlich „am Boden liegenden“, kommunistischen Ländern umgeben. Dass diese Konstellation heute gottlob nicht mehr besteht und sich für Österreich in dieser Region, mit der es seit jeher eng verbunden ist, somit ganz andere

Einladung

zu den

NFÖ-Landestreffen

in **Wien**, im Restaurant „Weinschlössl“,
Grinzinger Allee 78
am **Freitag, 18. November 2005, 20 Uhr**

in **Linz-Urfahr**, im Gasthof „Lindbauer“,
Linke Brückenstr. 2
am **Samstag, 19. November 2005, 20 Uhr**

Auch Gäste sind herzlich willkommen !

wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet haben, wird sich wohl die EU nicht auf ihre Fahnen heften wollen! Die Außenhandels-Beziehungen wären um nichts schlechter, wenn diese Nachbarländer und Österreich keine EU-Mitglieder wären.

Durch die EU soll es bei uns größere Sicherheit geben. Wenn Sie das einer Pensionistin in Wien sagen, die sich wegen der vielen Diebstahlsdelikte nicht mehr mit der U-Bahn zu fahren getraut, wird sie das für einen schlechten Witz halten. Den großteils rumänischen Kriminalitätstouristen kann jedoch keine Visumpflicht mehr auferlegt werden, was die Situation deutlich entschärfen würde, weil Rumänien den Status eines EU-Beitrittskandidaten hat. Es besteht hier also ein eindeutiger Zusammenhang: **Wegen Österreichs EU-Mitgliedschaft haben wir nicht mehr sondern weniger Sicherheit !**

Weil hier gerade Rumänien angesprochen ist : Die angeblich so tollen „offenen Grenzen“, die in dem Werbespot „Szene im Tiroler Gasthaus“ angesprochen werden, erweisen sich immer mehr als Bumerang. Was soll nämlich ein österreichisches Importverbot für rumänische Fleischprodukte angesichts herannahender Vogelgrippe nützen, wenn seine Einhaltung an unseren Grenzen nicht kontrolliert werden kann? (nos)

= ♪ =

Kurz gemeldet ...

Sparen! – nicht beim Finanzminister

Sparaufrufe der Bundesregierung verfolgen uns auf Schritt und Tritt. Gelten diese nicht für den obersten Hüter unserer Staatsfinanzen, Herrn Grasser ? Rechnungshofberichte ergaben in manchen Fällen

Beraterhonorare von über 3600 Euro pro Tag und Durchschnittssätze für Projektleiter von 1740 Euro. Wenn wundert es da, dass 2004 allein aus seinem Ministerium (aus Steuerzahlertaschen !) über 250 Millionen Schilling an externe Berater geflossen sind.

= ♪ =

Europa ist größer als die EU, die Welt ist größer als Europa.

(Schwedische Initiative „ Nein zur EU “)

EU nicht mehr handlungsfähig

Eben erfahren wir etwas Ungelogenes aus dem Mund von EU-Kommissar Verheugen: „Europa (gemeint ist die EU; die Red.) steckt in einer tiefen Vertrauenskrise.....der Gipfel hat gezeigt, dass die EU in wichtigen Punkten nicht handlungsfähig ist.“ Günter Verheugen machte diese Aussage nach dem Gipfel in Hampton Court, Ende Oktober 05.

(Quelle:www.welt.de)

= ☺ =

Bitte helfen Sie mit !!

Für die Zulassung des „Türkei-Volksbegehrens“ von Dr. Hans-Peter Mayr fehlen noch ca. 500 unterstützende Unterschriften auf die erforderlichen (ca.) 8200. Wenn Sie noch keine Gelegenheit zur Unterzeichnung hatten, so holen Sie es bitte nach und mobilisieren Sie auch Freunde und Bekannte. Bitte **kopieren Sie zuerst** das beiliegende Formblatt und geben Sie es dann weiter.

Die Unterstützungen sollten noch vor Weihnachten eingelangt sein. (Adresse am Formblatt) **Danke !!**

Empfehlung

Für weitere Hintergrundberichte empfehlen wir die Wochenzeitung „Zeit-Fragen“ . Bestellungen von Probeexemplaren oder Abos bei: Zeit-Fragen, Postfach, CH-8044 Zürich, Telefax: 0041-1-3506551, Email: abo@zeit-fragen.ch

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit des Bündnisses unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus öffentlichen Fördertöpfen.

Sollten Sie sich zu einer Spende entschließen, die wir auch als eine Zustimmung zu unseren Bemühungen ansehen, so danken wir im Voraus sehr herzlich!